

Leserbriefe

«Bund ruft zur Frauenwahl auf»

Wow, was die Eidgenossen doch alles hinkriegen! Ein paar Tage, nachdem die eidgenössischen Räte den Schweizer Männern den bezahlten Vaterchaftsurlaub eingeräumt haben, lese ich im «Tagesanzeiger» vom 1. Oktober: «Bund ruft zur Frauenwahl auf.» Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hatte geschrieben, das Ziel sei halbe-halbe, ein Parlament, in dem Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. Diese Botschaft aus dem EDI ist eine wertvolle Unterstützung für das Ziel einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in den Schweizer Parlamenten. Stellungnahmen dieser Art würden wir uns in Liechtenstein wünschen; vergleichbare Institutionen wären das Ressort Inneres bzw. Kommissionen dieses Ressorts. Natürlich sind ermutigende Worte auch aus allen anderen Ressorts und von allen Politikerinnen und Politikern willkommen. Im dem genannten Artikel der «NZZ» steht auch, dass dieses Jahr 40,3 Prozent der Kandidierenden für den National- und Ständerat Frauen sind. Im Jahr 2015 waren es noch 34,5 Prozent. Herzliche Gratulation zum Fortschritt, euch Eidgenossen! Dafür setzen wir uns ein: «Alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetze gleich. Die öffentlichen Ämter sind ihnen unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gleich zugänglich.» So lautet Art. 31, Absatz 1, der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein. Die Initiative halbe-halbe strebt an, dass die Verfassung mit dem Satz ergänzt wird: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.»

Für die Initiative halbe-halbe:
Walter Kranz, St-Luzistrasse 12, Vaduz

Triesenberg:
Erweiterung
Dorfzentrum

Am 27. Februar 2019 kehrte ich von der Informationsveranstaltung betreffend die «Dorfzentrumserweiterung» mit einem guten Gefühl nach Hause zurück, denn es wurde gesagt, dass sechs Architekturbüros damit beauftragt würden, ihre Ideen einzureichen. Diese Ideen würden dann zusammen mit der Bevölkerung diskutiert. Die als «gute Ideen» beurteilten Vorschläge würden dann in ein «Folgeprojekt» fliessen, aus welchem dann ein Gesamtprojekt gemacht werde.

Nun kommt es aber ganz anders. Das zeigte sich bei der Präsentation des «Ideen-Wettbewerbes» am vergangenen Freitagabend. Ein «Beurteilungsgremium» hat am 11. September 2019 aus den sechs eingereichten «Projekt-Ideen» ein «Siegerprojekt» erkoren. Der Gemeinderat hat

dieses «Siegerprojekt» in der Sitzung vom 1. Oktober 2019 genehmigt und gemäss Gemeinderatsprotokoll «... die Verfasser des «Siegerprojekts» mit der Weiterbearbeitung der Studie beauftragt».

Drei Zitate von Vorsteher Christoph Beck im «Dorfspiegel» Nr. 151: 1. «Ganz wichtig ist, dass die Bevölkerung sagt, wie ihr Dorfzentrum aussehen soll»; 2. «Nicht das Plattmachen von Bestehendem, sondern eine kluge Weiterentwicklung ist gefragt»; 3. «Utopische Ideen und Entwicklungen wird es auf jeden Fall nicht geben»

Wer nun das Vorgehen miterlebt hat und das Siegerprojekt anschaut, kann vor so viel Ungereimten nur ungläubig den Kopf schütteln. 1. Es handelt sich beim damals angesagten «Ideen-Wettbewerb» nicht um die Suche nach den besten Ideen von sechs Architekturbüros und dem Einbezug der Bevölkerung, sondern um einen «Studienauftrag mit Folgeauftrag» (SIA 142/143), bei dem die Bevölkerung ausgeschlossen und schliesslich am letzten Freitag vor vollendete Tatsachen gestellt wurde; 2. Das «Siegerprojekt» sieht vor, das 1980 eröffnete Postgebäude (heute Denner-Ladenlokal & zwei Arztpraxen etc.) sowie das Walser-Heimatmuseum abzubrechen, also ein «Plattmachen von Bestehendem»; 3. Für den Gemeindevorsteher und den Gemeinderat ist offensichtlich der Abbruch des 1980 eröffneten Walser-Heimatmuseums und des ehemaligen Postgebäudes zugunsten eines Parkplatzes keine «utopische Idee».

Zitat Gemeindevorsteher Dorfspiegel Nr. 151 Seite 9: «Ganz wichtig ist auch bei diesem Projekt, dass die Bevölkerung sagt, wie ihr Dorfzentrum aussehen soll». Das Mitdenken der Bevölkerung und die Ideen der weiteren fünf am Ideen-Wettbewerb beteiligten Architekturbüros ist offenbar nicht gefragt.

Klaus Schädler
Hagstrasse 12, Triesenberg

Mediale
Desinformation in
der Klimapolitik?

Der gesunde Menschenverstand kann aufatmen! «Wäre es nicht die Sensation schlechthin, hätten 500 Wissenschaftler, darunter rund 200 Professoren aus aller Welt, tatsächlich recht! Vor wenigen Tagen schickten diese einen Brief an UN-Generalsekretär António Guterres, in dem sie der These vom menschengemachten Klimawandel widersprechen und eine Debatte auf der Grundlage seriöser wissenschaftlicher Analysen verlangen ...» («New Swiss Journal») Kritisiert wird von den rund 500 Wissenschaftlern die «sinnlose Verschwendung von Billionen Dollar auf der Grundlage unwissenschaftlicher Annahmen und unreifer Klimamodelle».

Es müssten auch Arbeiten solcher Forscher diskutiert werden, die den dominierenden Klimamodellen kritisch gegenüberstehen. Wissenschaftliche Arbeit bedinge auch, dass man «Gegenmeinungen» angemessen auswerte. Die Wissenschaftler fordern darum ein konstruktives Treffen auf höchster Ebene zwischen hochkarätigen Vertretern auf beiden Seiten. Eine Nicht-Berichterstattung schweizerischer, deutscher und österreichischer Medien versucht offenbar die Meinung der Leserschaft zu beeinflussen. In einer Demokratie ist ein kontroverser Diskurs aber unerlässlich. Beschämend die Tatsache, dass wir uns offenbar immer mehr in Richtung einer zielgerichteten Meinungsdictatur bewegen.

Wenn wir jetzt nicht für unsere Grundrechte eintreten, werden wir mit den Auswüchsen eines wachsenden Ökofaschismus mit seinen katastrophalen Folgen konfrontiert werden. Wie heisst es so schön: mitgegangen, mitgefangen. Im Fadenkreuz steht nicht der Klimawandel. Es geht auch nicht um die Weltrettung. Es ist ganz einfach: Es geht um die Macht. Denkverbote, nicht nur für bürgerliche Politiker, nein, jetzt auch für Professoren und Experten, die sich immer mehr einem medialen Denkverbot kulturmarxistischer Prägung zu beugen haben. Das Ganze ist im Sinne eines Umverteilungsprogrammes und einer Wandlung in eine perspektivlose sozialistische Gesellschaftsordnung. Politiker, die sich kritisch äussern, werden als Klimaleugner diffamiert.

Hochkarätige Professoren, Astrophysiker, Klimatologen oder Meteorologen, die Kritik erheben, werden ausgegrenzt. Wie eine Studie der Universität Lausanne zeigt, glauben nur 44 Prozent der Schweizer, dass der Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist.

Die «apokalyptischen Reiter des Ökosozialismus» schrecken auch nicht davor zurück, mithilfe einer noch nie dagewesenen medialen Unterstützung ahnungslose Jugendliche zu missbrauchen.

Ulrich Hoch
Grüschaweg 11, Triesenberg

Casinos in
Liechtenstein

Die Freie Liste stellte einen Antrag zur Erhöhung der Geldspielabgabe der Casinos in Liechtenstein. Die heute in Liechtenstein gültige beginnt bei 17,5 Prozent und endet bei 40 Prozent. Die Steuersätze für die Geldspielabgabe liegen in Österreich bei pauschal 30 Prozent, in der Schweiz zwischen 40 bis 80 Prozent.

Da der Gewinn auch versteuert werden muss, liegen wir in Liechtenstein mit 12,5 Prozent weit besser als die Nachbarländer. Ergo ist es in Liechtenstein weitaus attraktiver, ein Casino zu betreiben,

als in den umliegenden Ländern. Sollte die vorgeschlagene Änderung der Geldspielabgabe nicht erfolgreich sein, wird die Anzahl der Casinos weiter ansteigen.

Unser Land wird dieses Jahr laut mutmasslicher Rechnung 28 Millionen Franken einnehmen, 2018 waren es 19,3 Millionen. Der Kuchen wächst also immer weiter; es dauert nicht mehr lange und die Casinos werden die Hälfte der staatlichen Einnahmen der LLB ausmachen!

Die Regierung und ein Teil des Landtages moniert, dass eine Erhöhung der Steuern ein schlechtes Zeichen für die Wirtschaft wäre. Werden da nicht Äpfel mit Birnen verwechselt? Die Erhöhung betrifft einzig und alleine die Geldspielabgabe und nicht die allgemeine Wirtschaft, die sicher nicht im gleichen Atemzug wie die Casinos genannt werden möchte.

Eine andere Sorge bereitet mir das Verhältnis zur Schweiz. Wie lange wird die Schweiz unserem Treiben noch zusehen? Was werden die Sozialämter dazu sagen, wenn immer mehr Spielsüchtige an ihrer Tür anklopfen werden? Sie werden herausfinden, wo die Schulden entstanden sind und das wird weitere Probleme geben. Genau jetzt, wo der Ruf Liechtensteins nach der Schwarzgeld-Problematik einigermaßen wiederhergestellt ist.

Wenn man nachlesen kann, dass bereits 52 Millionen Franken in den Casinos verspielt wurden, schäme ich mich für unser Land, dass es dieses Geld nötig hat.

Roland Elkuch
Platta 56, Schellenberg

Privatklinik
Medicnova weicht
einem Casino

Casino-Geldregen sei ein Segen. Mit den sprudelnden Casino-Millionen wird ein

neues Spital gebaut. Sollte dieses in Konkurs gehen, wird daraus ein neues Casino. Aus alten Casinos werden Spitäler. Aus alten Spitälern werden Casinos. Der «Tages-Anzeiger» (Auflage: 140 800) vom 27. September betitelt einen kritischen Artikel über das Glücksspiel in Liechtenstein: «Liechtenstein wird zum Las Vegas von Europa.» Und zum Schluss: Der Schreiber dieses Leserbriefes ist der Meinung, dass Casinos eine Schande sind und dem Ansehen des Landes schaden.

Robert Allgäuer
Gänsbach 17, Mauren

Junge Wölfe
abknallen?

Nun hat also das Bundesamt für Umwelt auf Antrag des Kantons Graubünden den Abschuss von vier Jungwölfen aus dem Beverin-Rudel gutgeheissen. Sie haben zwar noch keinen Schaden angerichtet, aber sie könnten es von ihrem Vater, dem Wolf M92, lernen. Dieser habe begonnen, Schafe trotz Herdenschutzmassnahmen zu reissen. Interessanterweise wird aber nicht erwähnt, wie die betroffenen Schafherden geschützt waren. Mir ist kein einziger Fall von Schafzissen aus Herden bekannt, die mit Elektrozäunen oder Herdenschutzhunden geschützt sind – also mit tauglichen Massnahmen, die sogar vom Bund gefördert werden. Oder waren es untaugliche «Schutzmassnahmen», die nun als Alibi dazu dienen, um vier junge Wölfe abzuknallen?

Soeben hat unser Parlament ein neues Jagdgesetz beschlossen, das den Schutz des Wolfs, des Luchses und anderer Wildtierarten massiv verwässert und «vorsorgliche» Abschüsse von Jungtieren rechtfertigt. Ich glaube nicht, dass ein solches Gesetz dem Volkswillen entspricht. Gerade

jetzt beginnt die Unterschriftensammlung für das Referendum dagegen.

Heinz Lienhard,
Präsident Schweizer Tierschutz STS
Höhgasse 12, 8598 Bottighofen

Leserbriefe

Die Leserbrief-Rubrik dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser zu Themen von allgemeinem Interesse. Der Autor bzw. die Autorin muss mit dem Vornamen und Namen sowie der genauen Anschrift genannt sein. Die Länge eines Leserbriefes darf 2500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht übersteigen. Die Redaktion behält es sich vor, zu lange Leserbriefe abzulehnen. Zurückgewiesen werden Leserbriefe auch dann, wenn sie persönlichkeitsverletzende Äusserungen enthalten. Vervielfältigte Briefe, Rundschreiben und Zuschriften mit diffamierendem Inhalt werden nicht abgedruckt.

Polizeimeldung

Brand in Heerbrugg:
Zeugenaufruf

Am Samstagmorgen, kurz vor 5.30 Uhr, hat eine aufmerksame Autofahrerin vor einem Mehrfamilienhaus an der Balgacherstrasse 220 einen Brand entdeckt. Die Kantonspolizei St. Gallen berichtete bereits darüber. Nach jetzigen Erkenntnissen geht die Strafverfolgungsbehörde von Brandstiftung aus. Es werden Zeugen gesucht.

Dank des frühzeitigen Erkennens des Feuers konnte die ausgerückte Feuerwehr schlimmeres verhindern. Die Kantonspolizei sucht nun Zeugen und bittet Personen, die sich zwischen 4.30 Uhr und 5.30 Uhr in der Nähe befunden haben oder sonstige Angaben zur Brandstiftung machen können, sich unter der Telefonnummer 058 229 49 49 zu melden. (kapos)

ANZEIGE

